

LandInForm

1/2018
AUSZUG

Herausgeber:
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

Abgehängt?

Insgesamt sind die Menschen in Brandenburgs ländlichen Räumen zufrieden. Doch die Entwicklung der kleinen Gemeinden und Dörfer ist Anlass zur Sorge.

[VON ALEXANDRA TAUTZ]

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich Brandenburgs Bevölkerung verändert: Viele, vor allem junge Menschen zogen weg, nur wenige hielt es vor Ort. Für die, die geblieben sind, stellt sich die Frage danach, wie es in den kommenden Jahren weitergeht mit ihrer Heimat. Wie schätzen sie die Lebensqualität außerhalb der großen Städte ein und welche Zukunftserwartungen hinsichtlich regionaler Entwicklung haben sie? Dazu hat die Enquetekommission des Brandenburger Landtages zur Zukunft der ländlichen Räume die Bürger des Bundeslandes befragt. Die seit 2015 bestehende Kommission setzt sich für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Regionen in Brandenburg ein – und identifiziert so die konkreten Handlungsfelder und Potenziale vor Ort (siehe dazu auch Interview auf Seite 48).

Bürgerumfrage im ländlichen Raum

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage: Die Lebensqualität im ländlichen Raum rangiert auf einem hohen Niveau. Bewohner von Dörfern und Kernstädten bewerten jedoch einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge sowie die Entwicklung von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe sehr unterschiedlich. Insgesamt 1 031 Brandenburgerinnen und Brandenburger über 15 Jahre haben dazu ihre Meinung abgegeben. Die Telefoninterviews führte das von der Kommission beauftragte Meinungsforschungsinstitut „Info GmbH“ im Juli 2017 durch. In den je 30-minütigen Gesprächen ging es vor allem um den Stellenwert der Daseinsvorsorge und deren Wirksamkeit für die regionale Entwicklung, um lokale Demokratie und bürgerschaftliches Engagement. Die Befragten wurden auf Gemeindeebene durch eine repräsentative Zufallsauswahl bestimmt und stammen aus dem weiteren Metropolenraum des Landes, in dem derzeit rund 62 Prozent der Brandenburger Bevölkerung leben. Das ist der Teil Brandenburgs, der nicht zum Berliner Umland gehört.



Gefälle zwischen Stadt und Dorf

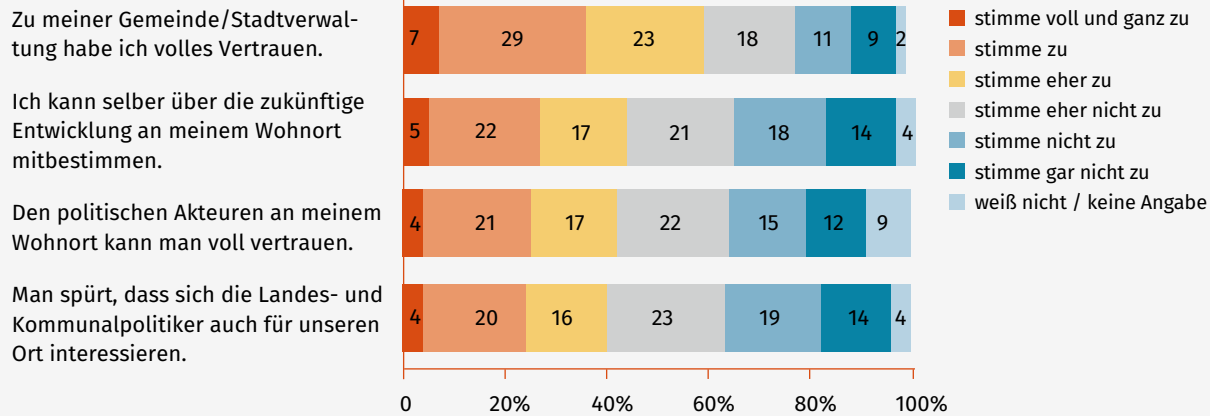
75 Prozent der Befragten bewerten die Lebensqualität positiv; die Hälfte von ihnen würde einem guten Freund empfehlen, in ihren Wohnort zu ziehen. An den Lebensbedingungen vor Ort schätzen die Befragten besonders die Natur und gesunde Umweltbedingungen, Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sowie die Verfügbarkeit von Hilfen im Notfall. Als „gut“ bis „sehr gut“ bewerteten sie auch die Versorgung mit Ganztagskinderbetreuung, Schulen und Betreuungsbeziehungsweise Pflegeangeboten für Ältere. Unzufrieden sind die Menschen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, der medizinischen Versorgung und dem Internet. Am schlechtesten fühlen sich die Befragten mit Kulturangeboten und Orten, die das soziale Zusammenleben fördern, versorgt. Auf die Frage, was sich in den nächsten zehn Jahren ändern muss, damit das Leben in ihrer Region attraktiv bleibt, regen sie mehrheitlich an, die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Auffällig ist, dass Bewohner kleinerer Gemeinden mit weniger als 10 000 beziehungsweise 5 000 Einwohnern und Bewohner in Gemeinden ohne zentralörtlichen Status (nach Landesentwicklungsplanung) fast alle Leistungen der Daseinsvorsorge schlechter bewerten. Zudem weichen die Einschätzungen der Befragten in Dörfern deutlich von den Einschätzungen der Bewohner der Kernstädte ab. Bewohner der Dörfer sind mit dem Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln, den Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, der Versorgung mit Schulen und der Stabilität des Mobilfunknetzes deutlich unzufriedener.

Vertrauen schwindet

In ihrer Arbeit wurde die Kommission mehrfach mit der Aussage konfrontiert, dass vor allem der Verlust der lokalen Selbstbestimmung die Entwicklung der

Beurteilung der politischen Mitbestimmung, Politik und Verwaltung vor Ort



Basis: alle Befragten n = 1 031
Quelle: INFO GmbH

dörflichen Infrastruktur hemmt. Abgefragt wurde bei den Bürgern daher auch, wie sie ihre politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten einschätzen und ob sie den lokalen politischen Akteuren vertrauen (siehe Grafik). Die Befragten bewerten beide Aspekte mehrheitlich verhalten bis negativ. Nur 25 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu: „Den politischen Akteuren an meinem Wohnort kann man voll vertrauen.“ 27 Prozent der Befragten lehnen dies sogar ab. Jeder Fünfte hat demnach kein Vertrauen in die kommunale Verwaltung. Auch bei der Einschätzung, dass die örtlichen Interessen von den Landes- und Kommunalpolitikern berücksichtigt werden, überwiegen die negativen Zustimmungswerte.

In kleineren Orten mit weniger als 5 000 Einwohnern ist das Gefühl, über zukünftige Entwicklungen des eigenen Ortes mitbestimmen zu können, am geringsten ausgeprägt. Nur 16 Prozent der Menschen dort glauben, dass die Landes- oder Kommunalpolitik ihre örtlichen Interessen wahrnimmt und vertritt.

Mitgestaltung stärken

Mitsprachemöglichkeiten für Bürger können dabei helfen, Strukturen der Daseinsvorsorge und das gesellschaftliche Leben in ländlichen Räumen zu erhalten und fortzuentwickeln. Das ergab sich aus Expertenanhörungen, Ortsbesuchen und Diskussionen im Dialogportal. Dies ist auch der Kerninhalt kommunaler Selbstverwaltung. Die Kommission formulierte im Zwischenbericht unter anderem konkrete Vorschläge zur Änderung des Brandenburger Rechts und der Rechtspraxis, die die kommunale Ebene stärken sollen. Dabei empfiehlt sie unter anderem mehr Mitwirkungsrechte für die Dörfer – zum Beispiel über selbstverwaltete Ortsteilbudgets und die Einbeziehung von Ortsvorstehern in die Gemeindevertretungen. Die Befragung zeigt außerdem, dass der Schlüssel für

ein gutes Leben auf dem Land auch eine moderne Infrastruktur mit Ganztagskinderbetreuung, guter Verkehrsanbindung und leistungsfähiger Breitbandversorgung ist.

Der Zwischenbericht, der auf der Homepage der Kommission veröffentlicht ist, enthält daher auch Handlungsempfehlungen für eine moderne Infrastruktur. Zudem greift er Schlussfolgerungen eines Gutachtens auf, das bereits vorhandene Expertisen mit Bezug zum Arbeitsauftrag der Enquete zusammenfasst. Mit der Erstellung dieses Metagutachtens war das Unternehmen SPRINT beauftragt.

Ihren Abschlussbericht wird die Kommission im Frühjahr 2019 vorlegen. Bis dahin wird es darum gehen, wie mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum erzielt und die finanziellen Spielräume für die kommunale Ebene verbessert werden können. Denn viele Gemeinden in Brandenburg sind verschuldet. Das grenzt auch die Möglichkeiten bürgerschaftlicher Akteure ein, weil sie von ihren Gemeinden kaum bis gar nicht unterstützt werden können. ■



KONTAKT:

Alexandra Tautz
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Telefon: 0331 966-1719
alexandra.tautz@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.ek-laendliche-regionen.landtag.brandenburg.de

Wo können wir noch mitgestalten?

In Brandenburg setzt sich eine Enquetekommission dafür ein, dass ländliche Regionen zukunftsfähig werden. Denn fehlender Gestaltungsspielraum und bürokratische wie finanzielle Hürden stellen Dörfer vor große Herausforderungen.



Alexandra Tautz ist Referentin für die Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag.
www.gruene-fraktion-brandenburg.de

Frau Tautz, in Brandenburg gibt es seit 2015 die Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“. Wie kam es zu ihrer Gründung?

Der Bevölkerungsrückgang war in Brandenburg immer ein Thema. Nach der politischen Wende 1989 ist die Bevölkerung durch die hohe Abwanderung junger Menschen besonders schnell gealtert und geschrumpft. Als das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2008 empfahl, in bestimmten Regionen die Absiedlung zu forcieren, war das Thema auf landespolitischer Ebene verbrannt. Erst 2014 wurde der ländliche Raum im Landtagswahlkampf wieder thematisiert und auf Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde durch einen gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE dann im Juni 2015 die Enquetekommission vom Landtag eingesetzt.

Wie ist die Enquete-Kommission aufgebaut?

Die Kommission besteht aus zehn parlamentarischen Mitgliedern. Vier davon hat die SPD benannt, CDU und DIE LINKE benannten jeweils zwei und die AfD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils eines. Jede Fraktion benannte zusätzlich einen Sachverständigen – in der Regel Wissenschaftler – sodass es zudem fünf nicht-parlamentarische Mitglieder gibt. Der Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag Brandenburg haben zusätzlich je ein ständiges beratendes Mitglied ohne Stimmrecht entsendet. Es gibt insgesamt sechs thematische Arbeitsgruppen, etwa zur Wertschöpfung im ländlichen Raum sowie zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.

Wie kann man sich Ihre Arbeit vorstellen und wie beziehen Sie die Bürger dabei ein?

Unsere Arbeit unterscheidet sich fundamental von der eines klassischen Ausschusses – man setzt nicht auf Konfrontation, sondern auf überparteiliche Zusammenarbeit. Einmal im Monat gibt es eine öffentliche Sitzung zu einem Fokusthema. Viele der Sitzungen finden im ländlichen Raum statt; hier werden Wissenschaftler, Praktiker und Kommunalvertreter angehört. In diesem Rahmen bieten wir auch eine Sprechstunde für Bürger an. Dabei hören wir oft von Ortsvorstehern und ehrenamtlichen Bürgermeistern Klagen über fehlenden Gestaltungsspielraum – auch finanziellen – und bürokratische Bevormundung von Bund und Land. Außerdem bearbeitet die Kommission viele Bürgerzuschriften. Hier geht es neben finanziellen Themen um die Frage: Wo können wir noch mitgestalten? Häufig fährt ein Kommissionsmitglied vor Ort, hört sich das Problem an und versucht, zu vermitteln und Lösungen zu finden. Schließlich gibt es ein Dialogportal, in dem Bürger ihre Anliegen online vorbringen können. Eine hohe Resonanz hatten wir bei unserer Umfrage zur Lebensqualität im ländlichen Raum in Brandenburg im Sommer 2017, bei der wir über 1 000 Bürger befragt haben.

Welche greifbaren Ergebnisse hat die Enquetekommission bereits erzielt?

Im jetzt vorliegenden Zwischenbericht finden sich Empfehlungen dazu, wie die Dörfer stärker mitwirken können – beispielsweise durch selbstverwaltete Ortsteilbudgets und die Einbeziehung von Ortsvorstehern in die Gemeindevertretungen. Zusätzlich forderten wir in einem Positionspapier an die Landesregierung, die Grundzentren zur Sicherung der Daseinsvorsorge wieder einzuführen. Die Landesregierung setzt sich zudem auf unsere Initiative hin auf Bundesebene für eine Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung ein. Eines unserer wichtigsten Ergebnisse ist aber: Der ländliche Raum ist in der Landespolitik wieder positiv besetzt, wir sind endlich weg vom Entsiehlungsprinzip!

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

”

Wir sind endlich weg vom Entsiehlungsprinzip!“